

Kleine Migrationsgeschichte Deutschlands

C.8
Thema:
Migration
HINTERGRUND

Ein- und Auswanderungen

Die Geschichte Deutschlands ist eine Migrationsgeschichte. Menschen wanderten lange Zeit durch deutsche Sprach- und Siedlungsgebiete in den wechselnden Staatsgrenzen.

Es ist eine Geschichte der Ein- aber genauso auch der Auswanderung, die sich in verschiedene Etappen gliedern lässt. Die Gründung des „Deutschen Reichs“ 1871 fällt in eine Zeit großer Migrationsbewegungen. In dieser Zeit ist Deutschland sowohl Ein- als auch Auswanderungsland, die Auswanderung in die USA und nach Lateinamerika ist in vollem Gange. Zwischen 1820 und 1930 wandern 5,9 Millionen Menschen aus dem heutigen Gebiet der Bundesrepublik auf der Suche nach besseren ökonomischen Bedingungen aus (AP ARBEITSPAPIER – *Spuren der Migration*. SEITE 328). Gleichzeitig findet im 19. Jahrhundert die Industrialisierung des Ruhrgebiets statt. Da Arbeitskräfte fehlen, werden in großem Ausmaß polnische Männer angeworben, die für wenig Geld im Bergbau arbeiten. Die meisten dieser Arbeiter bleiben. Die vielen polnischen Nachnamen im Ruhrgebiet zeugen noch heute von dieser Geschichte.

Ab 1885 beginnt eine neue Etappe deutscher Migrationsgeschichte. Mit der gewaltsamen Kolonialisierung afrikanischer Länder siedeln Deutsche nach Namibia, Tansania, Kamerun und Togo um. Zunächst wandern deutsche Männer aus, um Land zu besetzen und die dort lebenden Menschen auszubeuten und zu unterdrücken. Später folgen ihnen auch vermehrt ihre deutschen Ehefrauen. Im gleichen Zug, wenn auch in geringerer Zahl, kommen Menschen der dortigen schwarzen Bevölkerung freiwillig zum Studieren oder als Schauspieler, unfreiwillig als HausdienerInnen oder Anschauungsobjekte für die Wissenschaft und sogenannte „Völkerschauen“ nach Deutschland.

Migration im Nationalsozialismus

Formen mehr oder weniger freiwilliger Arbeitsmigration sind nicht mit der gewaltsamen Verschleppung von Menschen und der Zwangsausbeutung ihrer Arbeitskraft gleichzusetzen, obwohl Verschleppung eine Migrationsform darstellt. Eine, die während des Nationalsozialismus 1933–1945 in Deutschland eine große Rolle spielt. Zunächst betreiben die Nationalsozialisten eine Umsiedlungspolitik unter dem Schlagwort „Volk ohne Raum“. So genannte Reichsdeutsche siedeln in möglichst großer Zahl in

die an Deutschland angrenzenden Ostgebieten: Durch Annexion und Krieg sollen diese Gebiete dauerhaft unter deutsche Vorherrschaft gebracht werden. Zeitgleich werden vor allem jüdische Menschen aber auch politische GegnerInnen und als „rassisch“ minderwertig Stigmatisierte aus Deutschland und dem übrigen besetzten Europa (vor allem Osteuropa) zusammengetrieben und in Vernichtungs- oder Konzentrationslager deportiert, in denen sie durch Zwangsarbeit, Hunger und Krankheit ermordet oder sofort umgebracht werden. Hunderttausende Jüdinnen und Juden, politische GegnerInnen der Nationalsozialisten und Nichtdeutsche fliehen zunächst nach Frankreich und in die Tschechoslowakei. Später, als die Deutschen diese Länder besetzt haben, geht die Flucht weiter nach Lateinamerika, die USA oder Palästina – wo immer sie damit rechneten, aufgenommen zu werden. Mit Beginn des Zweiten Weltkrieges werden Menschen in großer Zahl aus den von der deutschen Armee überfallenen Gebieten als ZwangsarbeiterInnen ins „Deutsche Reich“ verschleppt, wo sie als billige Arbeitskräfte die deutsche Kriegswirtschaft unterstützen müssen. Ausländische Kriegsgefangene werden in deutschen Lagern eingesperrt.

Die Situation bei Ausgang des Zweiten Weltkrieges ist geprägt von den Folgen der NS-Bevölkerungspolitik und kriegsbedingten Migrationsbewegungen.

Die Geschichte der Einwanderung in die Bundesrepublik Deutschland und in die DDR

Diese gliedert sich grob in vier Phasen:

1. 1945-1955: In dieser Zeit wandern sogenannte „displaced persons“, also Menschen, die während des Krieges nach Deutschland verschleppt und dort festgehalten wurden – darunter ehemalige Kriegsgefangene, ZwangsarbeiterInnen sowie KZ-Häftlinge – teilweise in ihre Herkunftsländer oder andere Staaten zurück. Gleichzeitig fliehen viele Deutsche, die in den ehemaligen deutschen Ostgebieten gelebt haben nach Deutschland: aus Angst vor der Roten Armee, aufgrund der Ahndung ihrer während des Nationalsozialismus begangenen Verbrechen oder aufgrund der Umsiedlungspolitik in den neu oder wieder eigenständigen osteuropäischen Staaten (die sogenannten Vertriebenen). Viele Menschen ziehen aus der sowjetischen Zone in den Westen Deutschlands um. Den Zuwandernden wird zwar zunächst mit Abneigung begegnet, ihre Integration erfolgt aller-



dings aus zwei Gründen relativ schnell: Zum einen, da sie als Deutsche die vollen staatsbürgerlichen Rechte genießen, zum anderen, weil sie als Arbeitskräfte für den wirtschaftlichen Aufbau gebraucht werden.

2. 1955–1973: Ab Mitte der 50er Jahre setzt eine zunehmende Arbeitskräftemangel ein, die sich in der BRD mit dem Mauerbau 1961 verstärkt. In dieser Zeit werden Arbeitskräfte aus anderen Ländern von der Bundesrepublik angeworben. Zunächst aus Italien, dann aus Spanien, Griechenland, der Türkei, Marokko, Portugal, Tunesien und schließlich Jugoslawien. Die Einwandernden lassen sich aufgrund der hohen Arbeitslosenquoten in ihren Herkunftsländern, aber auch aus politischen Gründen anwerben. In Spanien, Portugal und Griechenland regieren zu dieser Zeit faschistische Parteien. Frauen versuchen sich unter anderem durch einen Auslandsaufenthalt größere persönliche Freiräume zu schaffen. Die MigrantInnen werden zunächst in Wohnheimen untergebracht und arbeiten vor allem in der Industrie: Textil, Stahl, Frauen insbesondere in der Elektroindustrie. Viele werden vor allem an Arbeitsplätzen eingesetzt, an denen die Arbeit besonders „schmutzig“ (z. B. Müllabfuhr) oder hart (z. B. Gießerei) ist.

In der DDR werden seit 1962 Arbeitskräfte angeworben: zunächst aus Polen, später auch aus Ungarn, Algerien, Kuba, Vietnam, Mosambik, Angola und Nordkorea. Es werden keine Individualverträge, sondern Kontingentabkommen zwischen der DDR und den Entsendestaaten geschlossen. Diese Abkommen beinhalten, im Rahmen der sozialistischen Bruderschaft, dass die Einwandernden nicht nur arbeiten, sondern in der DDR auch weiter qualifiziert werden sollen. Das funktioniert meist nicht, da die Weiterbildung nicht den Vorstellungen der MigrantInnen entspricht. Zum einen findet sie oft in Berufen statt, die ihnen in ihren Heimatländern nichts nutzen, zum anderen ist der Unterricht zusätzlich zu einem vollen Arbeitstag zu absolvieren. Wie in der BRD arbeiten die MigrantInnen an den unattraktivsten Arbeitsplätzen. Zudem werden sie geringer bezahlt, als ihre deutschen KollegInnen, weil sie entweder als Auszubildende gelten oder nur eine kurze Betriebszugehörigkeit haben. Frauen wird zu Beginn ihrer Arbeitsaufnahme in der DDR die Pille ausgehändigt, Schwangerschaften werden nicht geduldet: die Frauen müssen entweder abtreiben oder sie werden zurückgeschickt. Immer wieder gibt es Protestaktionen der migrantischen ArbeitnehmerInnen, wie zum Beispiel spontane Arbeitsniederlegungen mit der Forderung nach höherer Bezahlung, besseren Arbeitsbedingungen oder angemessenen Ausbildungsmöglichkeiten.

3. 1973–1989: 1973 wird in der BRD aufgrund wirtschaftlicher Stagnation der Anwerbestopp verhängt. Damit versucht die Bundesregierung, die nicht länger benötigte Einwanderung nach Deutschland zu stoppen, was aber nicht gelingt: Viele MigrantInnen hatten bis dahin eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis erworben. Vor die Wahl gestellt, entweder zu bleiben oder für immer zu gehen, beschließen sie zu bleiben und ihre Familien nachzuholen. In dieser Zeit steigt die Zahl der Migrantinnen durch den Familiennachzug stark an. In den 70er Jahren fliehen auch vermehrt Menschen nach Ost- und Westdeutschland, wie beispielsweise die so genannten „boat people“ vor den verheerenden Folgen des Vietnamkrieges.

5. 1989–heute: 1990 kündigt die DDR alle bilateralen Verträge. Von einem Tag auf den anderen verlieren Hunderttausende ihre Arbeit und die daran gekoppelte Aufenthaltserlaubnis und werden abgeschoben. Nur mit Polen handelt die BRD neue Verträge über die Entsendung von Arbeitskräften aus. Viele der ArbeitsmigrantInnen versuchen trotzdem, in Deutschland zu bleiben. Sie beantragen Asyl oder bleiben illegal.

Mit dem Ende des „Kalten Krieges“ und der Auflösung der sozialistischen Staaten setzt eine starke europäische Ost-West Migration ein. Diese wird bald durch neue Migrationspolitiken begrenzt, so wird beispielsweise die Einwanderung der SpätaussiedlerInnen kontingentiert, so, dass nur noch 200000 pro Jahr einwandern dürfen. Da es kaum mehr Möglichkeiten gibt, nach Deutschland zu kommen, versuchen Menschen zunehmend über das Asylverfahren einzureisen. Diese Möglichkeit wird durch drastische Einschränkungen mit der Asylrechtsreform von 1993 (AP ARBEITSPAPIER – *Asyl das ausgehöhlte Grundrecht*. SEITE 331) unterbunden. Ein frauenspezifischer Weg zur Einreise ist die organisierte Heiratsmigration.

Durch die rigide Migrationspolitik nimmt die Zahl der illegalisierten in Deutschland lebenden Menschen zu. Es findet eine sogenannte „neue Gastarbeit“ statt: WerkvertragsarbeitnehmerInnen, SaisonarbeiterInnen und weibliche Pflegekräfte aus Osteuropa werden – je nach Geschlecht - vor allem in der Baubranche, der Landwirtschaft und dem Pflegebereich eingesetzt. Arbeitslose Bauarbeiter aus Ostdeutschland werden von niederländischen Unternehmen angeworben (AP ARBEITSPAPIER – *Deutsche auf holländischen Baustellen*. SEITE 326). Gleichzeitig werden IT-SpezialistInnen mit der sog. „Greencard“ angeworben, während hochqualifizierte Deutsche häufig zum Arbeiten in die USA oder ins europäische Ausland auswandern.

Zur Jahrtausendwende wird mit dem Bekenntnis, Deutschland sei ein Einwanderungsland, die eingeschränkte doppelte Staatsbürgerschaft eingeführt und ein Zuwanderungsgesetz entworfen. Dieses Gesetz polarisiert jedoch stark zwischen verschiedenen MigrantInnengruppen, indem es auf der einen Seite auf Integration, auf der anderen auf Ausschluss setzt.